

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau



Die soziale Stimme im Kreistag!

Am 14. März 2021 sind Kreistagswahlen. DIE LINKE. Wetterau stellt die ersten vier Kandidat*innen der linken Liste vor.

Seite 6

**Kreiseigene
Wohnungsbau-
gesellschaft:**

Geht's jetzt los?

Leider Nein! Der Kreistag beschloss am 26. August 2020, dass ein **Konzept** für eine WoBau erarbeitet werden soll. Die Gründung der WoBau ist nicht beschlossen worden. SPD und CDU tun aber so, als hätten sie den Startschuss schon gegeben. *Lesen Sie Seite 4 + 5*

Abzocker- gebühren

Können Sie sich vorstellen, für ein Zimmer mit Kochgelegenheit 1150,32 Euro zu bezahlen? Wie soll man so etwas nennen? Wir haben es Wuchermiete genannt und mussten uns von der SPD spitzfindige Belehrungen anhören... *Seite 2*

September/Oktober 2020

Abzockergebühren

Der Wetteraukreis zockt Geflüchtete ab, wenn sie endlich Arbeit gefunden haben: Eine Familie mit drei Kindern muss für zwei kleine Zimmer in einer Flüchtlingsunterkunft 1437,90 Euro zahlen. Alleinstehende in einem Vierbettzimmer bezahlen pro Bett 287,58 Euro.

Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, dass Geflüchtete mit eigenem Einkommen an den Wohnkosten beteiligt werden. Aber es ist nicht akzeptabel, dass für einfachste Unterkünfte Mondpreise aufgerufen werden! Es sind Notunterkünfte, oft mit Gemeinschaftsküche und Sanitäranlagen auf dem Flur.

Das sind Wuchermieten! DIE LINKE. rechnete dem Kreistag vor, dass für den Quadratmeter zwischen 17 und 25 Euro verlangt werden. Für einfachsten Standard!

Daraufhin mussten wir uns von Reimund Becker (SPD) die spitzfindige Belehrung anhören, das hätte nichts mit Miete zu tun. Es sei eine Gebühr.

Na, Hauptsache die Bezeichnung stimmt! Dann nennen wir es eben Abzockergebühr!

Diese Gebührensatzung gehört ganz und gar abgeschafft! Wegen Wucher!

Es ist keine Entschuldigung, dass dieser Wucher durch das Landesaufnahmegesetz von 2017 möglich gemacht wurde. Dass die klammen Landkreise und kreisfreien Städte fast alle wie der Wetteraukreis agieren und völlig überhöhte Gebühren verlangen.

Es gibt das Argument, solche Wuchermieten steigern den Druck zum Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft. Das ist schon perfide!

Wer noch im Asylverfahren ist und Arbeit hat, dem ist der Auszug gesetzlich verwehrt. Und anerkannte Geflüchtete bleiben oft deshalb in der Unterkunft, weil sie auf dem angespannten Wohnungsmarkt keine bezahlbare Wohnung finden.

Sagen wir ein Familienvater mit zwei Kindern verdient 1370 Euro und erhält 408 Euro Kindergeld. Zusammen also 1778 Euro Einkommen. 1150 Euro davon zahlt er für die Flüchtlingsunterkunft.

237 Prozent mehr, als die gültige Mietobergrenze !!! Der Mann muss beim Jobcenter aufstocken. Ohne diese Abzockergebühr könnte die Familie ohne Jobcenter leben. Sie könnte das Kindergeld nämlich behalten, bekäme Kinderzuschlag und hätte auch Anrecht auf Wohngeld.

Wie sollen wir sowas nennen? Gelungene Integration sicher nicht!

Eine Familie erhielt jetzt eine Nachforderung vom Wetteraukreis: 4601,28 Euro. Rückwirkend zum 1. März 2019 - dem Termin, an dem die Gebührensatzung in Kraft trat. Auf eine Anfrage der Linken heißt es: "Die rückwirkende Gebührenerhebung ist ausdrücklich zugelassen (§4 Abs. 3 LaufnG)". Das mag geltendes Recht sein, sozial ist es nicht! Es verschärft Armut und verhindert Integration!

Folge 17:



Sieben Euro mehr Hartz4! Kein Cent mehr für Kinder

2021 bekommen Alleinstehende sieben Euro mehr Hartz4 = 439 Euro. Verheiratete erhalten 395 Euro. Kinder bis fünf Jahre bekommen 29 Euro mehr = 279 Euro. **Für sechs bis 13-Jährige gibt es keinen Cent mehr. Es bleibt bei 308 Euro.** Sieben Euro sind eine Steigerung von 23 Cent pro Tag. Damit lässt sich Armut nicht bekämpfen.



Die Diakonie Sachsen hat dieses Bild veröffentlicht. Das ist die Realität in armen Haushalten mit Kindern. DIE LINKE. fordert eine Kindergrundsicherung. Kein Kind darf in Armut leben!

Weihnachts- beihilfe für Kinder

DIE LINKE. Kreistagsfraktion stellte zum wiederholten Mal einen Antrag auf Weihnachtsbeihilfe für Kinder, die soziale Leistungen beziehen. Bisher wurde unser Antrag immer abgelehnt. Warum stellen wir ihn immer wieder?

In Deutschland leben 2,8 Millionen Kinder in finanzieller Armut. Mehr als ein Fünftel aller Kinder ist betroffen. Das ergab eine neue Untersuchung der Bertelsmann Stiftung.

Eine detaillierte Auflistung der Diakonie Sachsen zeigt die Unterdeckung bei den Sozialleistungen für Kinder. Besonders Kinder im Hartz4-Bezug entbehren Dinge, die für die meisten Kinder selbstverständlich sind.

Wir finden, das muss Politik interessieren! Deshalb stellen wir diesen Antrag und diskutieren immer wieder im Kreistag über Kinderarmut.

Linke gegen GmbH

Im Vorfeld ließ der Kreisausschuss von einer Consultingfirma prüfen, welche Geschäftsformen für eine WoBau in Frage kommen könnten: Zweckverband, GmbH & Co KG oder GmbH. Eine gemeinnützige GmbH wurde nicht in Erwägung gezogen.

Und oh Wunder: Eine private Consultingfirma kommt zum Ergebnis, die beste Geschäftsform sei die GmbH!

DIE LINKE. ist gegen eine GmbH, weil diese nicht demokratisch ist. Eine GmbH arbeitet geheim und überwiegend an den gewählten Gremien vorbei. Der demokratisch gewählte Kreistag hat kaum Einfluss auf eine GmbH. Zum Beispiel kann er dann nicht verhindern, dass die GmbH doch nicht bezahlbare Wohnungen, sondern Luxuswohnungen baut oder überhöhte Mieten verlangt. Das ist der Grund, warum DIE LINKE. einen Eigenbetrieb, oder einen Zweckverband gründen will.

Kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft:

Geht's jetzt los?

Der Kreisausschuss will jetzt eine Consultingfirma beauftragen: Es soll ein Konzept zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft erarbeitet werden. Die Kreisspitze stellt sich eine GmbH vor. DIE LINKE. will eine gemeinnützige Geschäftsform, die keinen Profit erwirtschaftet.

Aber zuallererst muss die WoBau auch wirklich gegründet werden! Und sowas kann dauern...

Bereits am 14. Oktober 2015 beauftragte der Kreistag den Kreisausschuss, Möglichkeiten zum Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft zu prüfen. Das war vor den letzten Kommunalwahlen. Die haben am 6. März 2016 stattgefunden.

Unter Zugzwang

Schon damals war der Druck auf den Wohnungsmarkt in der Rhein-Main-Region enorm hoch. Schon damals fehlte vor allem bezahlbarer Wohnraum. Keine der Parteien, die 2016 zur Kommunalwahl antraten, konnte es sich leisten, nichts zum Thema „bezahlbares Wohnen“ zu sagen - oder wenigstens zu den steigenden Mieten auf dem Wohnungsmarkt.

Schlecht. Denn bis dahin wurde die Dringlichkeit der Wohnungsfrage in der Wetterau überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Geschweige denn, dass über Lösungen nachgedacht wurde.

In dieser Gemengelage erhielt der Antrag der Linken damals die Zustimmung der anderen Parteien.

Denn jetzt hatte man für den Kommunalwahlkampf wenigstens das Argument: „Wir prüfen ja schon die Möglichkeiten zum Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft.“

Nach der Wahl ist alles vergessen

Sie erinnern sich vielleicht, was aus diesem Beschluss geworden ist: Nichts! Dasselbe Spiel wiederholte

Soziales. Klima. Gerechtigkeit.

Kandidat*innen und ein Programm für die Wetterau

Am 14. März 2021 sind Kommunalwahlen. Auf der linken Liste werden 38 Personen kandidieren. Fast die Hälfte der Kandidat*innen ist unter 35 Jahre alt. Genau die Hälfte der Liste sind Frauen. Bestellen Sie das Wahlprogramm: info@die-linke-wetterau.de.



Gabi Faulhaber

„Geld kann immer nur einmal ausgegeben werden. Wenn die Rüstungsausgaben wie geplant verdoppelt werden, bleibt für die Kommunen, für Bildung und Soziales nicht genug übrig. Hochrüstung und Säbelrasseln nützen uns nicht!



Malin Potengowski

„Wenn es nicht gelingt, die Erderwärmung einzudämmen, hat das für viele Menschen existenzielle Folgen! Die Industrieländer stoßen das meiste CO₂ aus. Wir tragen deshalb Verantwortung und müssen auch hier vor Ort handeln!



Anja EIFechtali

„Die Schere zwischen arm und reich wächst. 10 Prozent Superreiche besitzen 60 Prozent der Vermögen. Das will ich nicht akzeptieren! Deshalb kämpfe ich für kommunalen Wohnungsbau und gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums.



Alexander Klietz

„Wir brauchen Solidarität und Toleranz statt Hass und rechter Gewalt. Ich möchte in keiner Gesellschaft leben, in der Egoismus und soziale Kälte den Ton angeben!

14.03.2021 de yerel seçimleri olacak. Tüm avrupa birli i vatanda ları da katılabilirler. Bunun için belediye size oy kullanma kartı yollayacak. Bu kart ile sizde seçimlere katılıp oylarınızı verebilirsiniz. Bu hakkınıza sahip çıkın.

Was uns Corona gezeigt hat:

Gesundheitswesen darf nicht privat sein!

Es braucht einen Systemwechsel im Gesundheitswesen: Das Wichtigste muss der Mensch sein und nicht Profite und Rendite! Weitere Privatisierungen darf es nicht geben. Bereits erfolgte Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden. Wir brauchen eine bedarfsgerechte Finanzierung, demokratische Strukturen, faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Die Zeit ist jetzt reif, die Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen.

Es ist klar, dass Klatschen nicht ausreicht, um die Leistungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen wertzuschätzen.

Jahrzehntelang wurde erzählt, die Privatwirtschaft könnte alles viel besser. Sparen und Privatisieren standen auf der Tagesordnung. Die Losung lautete: Verschlinkung, Personalabbau, Kosteneinsparung. Die Zahl der Kliniken und

Betten wurde reduziert. Die Frage ist aber doch: Wem nützt das, wenn die öffentliche Daseinsfürsorge abgebaut wird? Wer schlägt daraus Profit?

Jetzt durch Corona wurde deutlich, was wirklich wesentlich ist: Nicht der Profit, der Wettbewerb, die Personaleinsparungen! Öffentlich ist Wesentlich! Gesundheit muss keinen Gewinn abwerfen!

Kein Abstand in Schulbussen

Gedränge in überfüllten Schulbussen hat schon vor Corona für Kritik gesorgt. Doch jetzt besteht die Gefahr der Corona-Infektion. Lehrer, Eltern und Schülervertretungen wollen, dass die Buskapazitäten erhöht werden. Aber davor schreckt der Wetteraukreis zurück und das Kultusministerium fühlt sich nicht zuständig. Es wurde hessenweit eine Maskenpflicht erlassen aber keine Abstandsregelung. Zusätzliche Busse sind teuer. Aber ist es wirklich besser und billiger, Schulen zeitweise zu schliessen? Die Hessischen Busbetreiber halten Kapazitätserweiterungen für möglich.



1 F18 Hornet Bomber = 1 Krankenhaus/400 Betten

Sprechstunden im Roten Laden



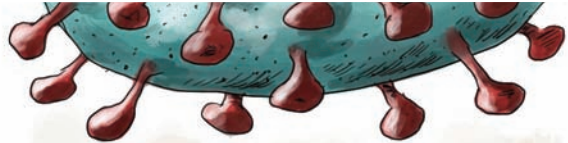
Im Roten Laden, Usagassee 23, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der Fraktion der Linken im Kreistag sprechen.



Wenn Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt haben, steht Ihnen die „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ ebenfalls montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr mit Rat und Tat zur Seite (werktags). In Corona-Zeiten können Sie in dieser Zeit auch anrufen: 06031 1695707.

Wer trägt die Kosten der Krise?

Die Bundesregierung hat das größte Hilfs- und Investitionsprogramm für Unternehmen seit Bestehen der Bundesrepublik aufgelegt. Die Staatshilfen gehen zum größten Teil an Großkonzerne wie Adidas, Lufthansa, TUI, oder die Autoindustrie. Die haben im letzten Jahr Milliardengewinne gemacht und an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Und jetzt wird Staatsknete verlangt. In die Lufthansa wurde doppelt so viel Geld gepumpt, wie sie wert ist. Mitspracherechte wurden dem Staat aber verweigert. Am Ende werden dann trotzdem tausende Beschäftigte ihre Arbeit verlieren. Die staatlichen Hilfen sind nicht an Arbeitsplatzgarantien gebunden.



Früher sah so ein Damoklesschwert irgendwie anders aus!



Karikatur: Klaus Stuttmann

••••• So erreichen Sie **DIE LINKE.** •••••

••••• Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi •••••
••••• Faulhaber, Karben, Tel. 06039 7912, www.die-linke- •••••
••••• wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de •••••

••••• O Ich möchte Informationen über DIE LINKE. •••••
••••• Mich interessiert besonders das Thema: •••••
••••• _____ •••••

••••• O Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden. •••••
••••• Name: _____ •••••
••••• Geburtsdatum: _____ •••••
••••• Beruf: _____ •••••
••••• Anschrift: _____ •••••
••••• Telefon: _____ •••••
••••• e-mail: _____ •••••

•••••